Inhaltsverzeichnis

A.	Eir	nleitung 23
	I.	Zur Stellung des Sports in der deutschen Verfassung
	П.	Die Funktionen der Grundrechte
B.	Spe	ort als Gegenstand des Grundrechtsschutzes
	I.	Sport als Beruf i. S. von Art. 12 Abs. 1 GG
	1.	1. Der Schutzbereich der Berufsfreiheit 34
		a) Berufssport
		b) Zur Geltung des Art. 12 Abs. 1 GG im sog. Amateursportbereich 38
		aa) Der Amateurbegriff
		bb) Die grundrechtliche Einordnung des Amateursports
		cc) Kriterien für die grundrechtliche Einordnung von Amateur-
		sportlern
		(1) Amateursport als wirtschaftliche Lebensgrundlage
		(2) Amateursport als Berufsausbildung
		2. Die Schranken der Berufsfreiheit
	П.	Sport und körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 1, Satz 1 GG)
	Ш.	Sport und allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG)
		Sport und Vereinigungsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG)
		1. Allgemeines
		2. Der Vereinigungsbegriff i. S. von Art. 9 Abs. 1 GG
		3. Vereinigungen im Sport
		a) Die Struktur des deutschen Sportverbandswesens
		b) Sonstige Organisationsformen 52
		4. Die einzelnen Gewährleistungen der Vereinigungsfreiheit
		a) Die Vereinigungsfreiheit des einzelnen Bürgers
		aa) Die Gründungsfreiheit
		bb) Die Beitrittsfreiheit
		cc) Die Bestandsgarantie
		dd) Die Garantie der intern-freien Funktionsentfaltung 57
		(1) Die Selbstbestimmung von Namen und Zweck der Vereini-
		gung
		(2) Die autonome Festlegung einer inneren Organisationsstruk-
		tur
		(3) Die Errichtung verbindlicher interner Verhaltensnormen 58 (a) Satzungen
		(a) Satzungen 59 (b) Vereins- oder Nebenordnungen 60
		(4) Die interne Strafgewalt
		(4) Die interne Strafgewalt

	(5) Die Freiheit zur vereinsinternen Betätigung
	ee) Der grundrechtliche Schutz der äußeren Vereinsbetätigung
	b) Die Vereinigungsfreiheit des Kollektivs
	5. Die Schranken von Art. 9 Abs. 1 GG
c c	rundrechtsrelevante Konflikte im Bereich der Sportorganisationen
c. G I.	
1.	Zur Entstehung von Konfliktsituationen im Bereich der Sportverbände
	a) Die mitgliedschaftliche Bindung an das Recht der Vereine bzw.
	Verbände
	b) Die Bindung an vereins- oder verbandsinternes Recht auf der Basis
	rechtsgeschäftlicher Vereinbarungen
	2. Die Ausstrahlungswirkung der Grundrechte
	3. Rechtsschutzmöglichkeiten
	a) Zur gerichtlichen Überprüfung vereins- bzw. verbandsinterner Maß-
	nahmen
	b) Der Einsatz von Schiedsgerichten i. S. der §§ 1025 ff. ZPO
Π.	
	1. Die Ablehnung von Mitgliedschaftsbewerbern
	a) Zivilrechtliche Vorschriften als Basis für die Prüfung von Ableh-
	nungsentscheidungen
	b) Aufnahmezwang im Sport
	aa) Die Aufnahme in Dachverbände
	bb) Aufnahmeansprüche gegenüber Sportvereinen?
	2. Ablehnungsentscheidungen der Sportverbände im Rahmen von sog. Li-
	zensierungsverfahren
	a) Die gerichtliche Überprüfung der Lizenzverweigerung
	b) Die Zulässigkeit der Lizenzverweigerung am Beispiel der Wirt-
	schaftlichkeitskontrolle
П	I. Die gerichtliche Überprüfung von Vereinsstrafen
	Der Umfang der gerichtlichen Überprüfung von Vereinsstrafen
	2. Die Überprüfung von Dopingsanktionen im besonderen
	a) Formale Anforderungen
	b) Die Sanktionshöhe
\mathbf{I}	V. Die Zulässigkeit sonstiger beschränkender Maßnahmen
	1. Die Zulässigkeit von Vermarktungsbeschränkungen der Verbände und
	Vereine gegenüber Sportlern
	a) Der grundrechtliche Schutz der Vermarktungsinteressen der Sport-
	ler
	aa) Das allgemeine Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 i. V. m.
	Art. 1 Abs. 1 GG)
	bb) Die Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG)
	b) Das Recht der Verbände bzw. Vereine zur Beschränkung der Ver-
	marktungstätigkeit von Sportlern

2. Die Zulässigkeit der Blutentnahme zum Zweck der Dopingkontrolle .	
a) Die Durchführung von Bluttests in der Praxisb) Die Zulässigkeit von Bluttests vor dem Hintergrund der grundrech	
lichen Positionen der Beteiligten	
D. Die Bedeutung weiterer Grundrechtsfunktionen für den Sport	131
I. Staatliche Schutzpflichten gegenüber Sportlern	131
1. Ableitung und Umfang staatlicher Schutzpflichten	131
2. Zum Tätigwerden des Gesetzgebers in der Dopingproblematik	
a) Bestehende gesetzliche Regelungen	135
aa) Betäubungsmittelrecht	
bb) Arzneimittelrecht	
cc) Allgemeines Strafrecht	
b) Handlungsmöglichkeiten bzw. Handlungspflichten des Gesetzgebe	
in der Dopingfrage, insbesondere vor dem Hintergrund der staatl	
chen Schutzpflicht für Leben und körperliche Unversehrtheit (Art.	
Abs. 2, Satz 1 GG)	
aa) Die Bestrafung des Dopingkonsums	
bb) Die Ausdehnung der Strafbarkeit auf die unentgeltliche Abgab von Arzneimitteln	
cc) Die Bestrafung der mißbräuchlichen Verschreibung von Arzne	
mitteln	
dd) Die Anhebung des Strafrahmens für die Weitergabe von Do	
pingmitteln an Minderjährige	
II. Die grundrechtlichen Aspekte der öffentlichen Sportförderung	
1. Grundzüge der staatlichen Sportförderung	
2. Der Anspruch auf gleiche bzw. sachgerechte Teilhabe an staatliche	
Sportförderungsmaßnahmen	
a) Die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Sportverband als Kriterius	
für die Gewährung finanzieller Sportförderung	153
b) Konsequente Dopingbekämpfung als Kriterium für die Zuwendun	g
finanzieller Mittel	_
3. Originäre staatliche Förderungspflichten zugunsten des Sports	158
 a) Förderungspflichten des Staates aufgrund von Art. 2 Abs. 1 GG ode 	
Art. 12 Abs. 1 GG	160
b) Die Vereinigungsfreiheit in Art. 9 Abs. 1 GG als Grundlage für ein	
staatliche Förderungsverpflichtung gegenüber dem Sport	
III. Grundrechte und sportliche Organisations- bzw. Verfahrensstrukturen .	
 Das Gebot zur Verwirklichung demokratischer Grundsätze im Rahme 	
der internen Ordnung von Sportverbänden	
a) Zur Übertragung demokratischer Prinzipien auf die internen Ver	
hältnisse von Sportverbänden	
aa) Die "Staatsnähe" von Vereinigungen im Bereich des Sports	
bb) Die soziale Machtstellung von Sportvereinigungen	
b) Probleme der Mitgliederrepräsentation	171

aa) Mitgliederrepräsentation durch Delegiertenversammlungen bb) Zur Bildung von Aufsichtsräten	171 173
2. Zur Geltung von Verfahrensgrundrechten bei sportgerichtlichen Ent-	175
a) Das Recht auf den gesetzlichen Richter (Art. 101 Abs. 1, Satz 2 GG)	176
b) Der Anspruch auf rechtliches Gehör (Art. 103 Abs. 1 GG)	177
c) Das Verbot der Mehrfachbestrafung (Art. 103 Abs. 3 GG)	179
c) Das verbot der Weilfrachbestahling (Art. 103 Abs. 5 GG)	1//
E. Sport und Grundrechte in der Europäischen Gemeinschaft	180
I. Grundlagen der europäischen Grundrechtsdogmatik	180
1. Bestand und Entwicklung des europarechtlichen Grundrechtsschutzes .	180
a) Vertragliche Grundrechtsbestimmungen	183
b) Grundrechtserklärungen der Gemeinschaftsorgane	184
c) Die Entwicklung europäischer Grundrechte durch die Rechtspre-	
chung des Europäischen Gerichtshofs	184
d) Die Grundfreiheiten	186
2. Die gerichtliche Geltendmachung europäischer Grundrechte auf na-	
tionaler und gemeinschaftsrechtlicher Ebene	187
a) Die Nichtigkeitsklage (Art. 173 Abs. 1 EGV)	187
b) Das Vorlageverfahren zum EuGH nach Art. 177 Abs. 2, 3 EGV	188
c) Grundrechtsschutz durch das BVerfG	188
II. Der Sport als Schutzgut europäischer Grundrechtsnormen	190
1. Vorüberlegung: Bereichsausnahme zugunsten des Sports?	191
2. Schutz des Sports auf der Basis allgemeiner Rechtsgrundsätze	194
a) Berufsfreiheit	194
b) Allgemeine Handlungsfreiheit	195
c) Vereinigungsfreiheit	195
3. Sport und Grundfreiheiten	197
a) Die Arbeitnehmerfreizügigkeit (Art. 48 EGV)	197 197
aa) Sportler als Arbeitnehmer im Sinne des Gemeinschaftsrechts bb) Der Inhalt der Arbeitnehmerfreizügigkeit	197
b) Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 59 ff. EGV)	200
c) Die Niederlassungsfreiheit (Art. 52 EGV)	201
III. Beschränkungen der europarechtlichen Freizügigkeit von Sportlern	202
1. Aktuelle Problemfelder	203
a) Ausländerklauseln	203
b) Transferentschädigungsregeln	204
Die Rechtfertigung freizügigkeitsbeschränkender Maßnahmen	207
a) Die Möglichkeit zur Einschränkung der Grundfreiheiten von	
Sportlern aus nichtwirtschaftlichen bzw. sportlichen Gründen	208
aa) Die Rechtfertigung von Ausländerklauseln	209
(1) Wahrung der nationalen Identität von Mannschaften bzw.	
von Wettkämpfen	209
(2) Nachwuchsförderung	212
(3) Die Aufrechterhaltung des sportlichen Gleichgewichts	213

bb) Die Rechtfertigung der Transferregeln	214
(1) Erhaltung der wirtschaftlichen und sportlichen Ausgewo-	
genheit im organisierten Fußball	214
(2) Nachwuchsförderung	215
b) Das europarechtlich garantierte Grundrecht der Vereinigungsfreiheit	
als Grundlage für die Rechtfertigung freizügigkeitsbeschränkender	
Maßnahmen	216
aa) Ausländerklauseln	217
bb) Transferregelungen	218
3. Neue, im Zusammenhang mit dem Bosman-Urteil des EuGH aufgetre-	
tene Konflikte	219
a) Das Problem der Inländerdiskriminierung	219
b) Zur Problematik von § 11 des DFB-Mustervertrages	221
c) Zur Zulässigkeit von sog. Heimkontingenten	223
F. Zusammenfassung	225
Literaturverzeichnis	231
Stichwartvarzaichnis	251